

Initiativantrag: **Staatspolitisch verantwortungsbewusstes Handeln ist kein Automatismus für eine erneute Regierungsbeteiligung der SPD**

Antragssteller: SPD OV Lauffen-Neckarwestheim

Empfänger: Kreisparteitag SPD Heilbronn

Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

Der Kreisparteitag der SPD Heilbronn Land möge beschließen:

**Staatspolitisch verantwortungsbewusstes Handeln ist kein Automatismus für eine erneute Regierungsbeteiligung der SPD**

Durch das Scheitern einer möglichen Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grüne hat sich die politische Situation zur Regierungsbildung in Berlin maßgeblich verändert. Die von Martin Schulz am Wahlabend der Bundestagswahl 2017 verkündete Entscheidung, nachdem enttäuschenden SPD-Wahlergebnis den Gang in die Opposition anzutreten, war richtig. Allerdings wurde es bereits zu diesem Zeitpunkt versäumt inhaltlich zu begründen, weshalb eine erneute Koalition zwischen SPD und CDU/CSU nicht zustande kommen kann. Die Erklärung, dass sich die SPD nun in der Opposition erneuern muss, mag zwar aus einer innerparteilichen Sichtweise richtig gewesen sein, für die WählerInnen ist dieses Argument jedoch nur schwer nachvollziehbar. Dieses Vorgehen war auch deshalb ein schwerwiegender Fehler, da in den anschließenden Wochen der Jamaika-Sondierungsgespräche keine politischen Angriffe auf die inhaltlichen Festlegungen von CDU/CSU, FDP und Grüne erfolgten. Die SPD und ihre Themen fand in den Wochen nach der Wahl in der Öffentlichkeit somit nicht mehr statt.

Da wir uns der staatspolitischen Verantwortung unserer Partei bewusst sind, sind wir uns auch darüber im Klaren, dass sich die SPD in der aktuellen Situation Gesprächen zur Regierungsbildung nicht verweigern kann oder sie sich weiter hinter ihrem Wahlergebnis der Bundestagswahl verstecken kann. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, dass die SPD den Weg in eine erneute Regierungsbeteiligung geht oder dass bisher beschlossene Inhalte wie das Wahlprogramm zur Bundestagswahl ihre Gültigkeit verlieren. Für uns sind die folgenden Punkte elementar:

- Die Einführung einer Bürgerversicherung, um die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden.
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, die Stärkung der Tarifautonomie sowie die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.
- Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und die Einführung des Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.
- Eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns.
- Die Weiterentwicklung der Europäischen Union von einer Wirtschafts- und Währungsunion hinzu einer Sozialunion.

Die SPD Heilbronn-Land stellt daher fest:

1. Die SPD muss nun klare und unumstößliche inhaltliche Schwerpunkte an eine mögliche Regierungsarbeit für die nächsten Jahre formulieren und diese mit Nachdruck verkünden. Rote Linien die hierbei gezogen werden, müssen unmissverständlich eingehalten werden.
2. Vor der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU müssen die Mitglieder der SPD befragt werden.
3. Vor dem Abschluss eines neuen Koalitionsvertrags zur Regierungsbildung müssen alle Mitglieder der SPD, in Form einer Mitgliederabstimmung beteiligt werden und die Mehrheit der Mitglieder zustimmen.

4. Scheitern alle möglichen Gespräche in Folge unüberbrückbarer inhaltlicher Differenzen, ist die Option einer Minderheitsregierung eine Form der Regierungsbildung, die dem Parlamentarismus und damit der Demokratie in unserem Land guttun.
5. Neuwahlen, die unter den gleichen politischen Bedingungen stattfinden, wie sie momentan bestehen (Personen & Inhalte), halten wir für die denkbar schlechteste Lösung, um eine neue Regierungsbildung herbeizuführen.